

A1

AntragstellerInnen

**Arbeitsgruppe „Juso-Manifest“ über
Unterbezirksvorstand**

einstimmig angenommen

Juso-Manifest zur Kommunalwahl

Vorwort

Das vorliegende Manifest der Jusos Braunschweig ist Bestandteil der in 2010 gestarteten Kampagne „Kommunalwahl 2011“. In wochenlanger Beratung über ein grundsätzliches Verständnis für eine jugendgerechte Kommunalpolitik haben unter anderem einige der sechs inhaltlichen Arbeitskreise fünf Schwerpunktthemen behandelt, die auf der Kampagnen-Auftaktveranstaltung von allen Juso-Aktiven ausgewählt wurden. Das Resultat wurde nach intensiven Beratungen auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Jusos am 26. Januar 2011 verabschiedet. Es stellt damit ein Grundsatzprogramm über das kommunalpolitische Selbstverständnis der Braunschweiger SPD-Jugend dar.

1. Kinder- und Familienfreundliches Braunschweig

Die Kinder und Familienfreundlichkeit ist für uns ein zentrales Thema für die Zukunft einer sozialen Stadt. Deshalb darf sie nicht von haushaltspolitischen Aspekten verdrängt werden, sondern gehört zur sozialen Verantwortung einer Stadt.

Es bedarf einiger Veränderungen in unserer Stadt, um die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu befriedigen und Verantwortung für die Familienfreundlichkeit zu übernehmen. Nur dadurch wird es ermöglicht, dass die nächste Generation unsere Gesellschaft gestalten und die Aufgaben und Herausforderungen wahrnehmen kann. Die Kommune hat dabei die Aufgabe, als Vorbild für das Handeln der Bürger und Bürgerinnen zu dienen und ein vernetztes Denken in Kinder-, Jugend- und Familienfragen anzustreben.

Die folgenden fünf Handlungsfelder bedingen und ergänzen sich.

Jugendzentren vor Ort

Durch ein Jugendzentrum vor Ort haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, am öffentlichen Leben teilzuhaben. Durch soziale Einrichtungen entstehen Kontakte und Beziehungen. Das selbst organisierte, demokratische und kulturelle Zusammenleben steht im Vordergrund. Kindern und Jugendlichen wird die Möglichkeit gegeben, sich an Diskussionen zu beteiligen, sich weiterzubilden oder sich spielerisch zu entwickeln. Auf junge Erwachsene mit Migrationshintergrund speziell ausgerichtete Angebote schaffen in vielen Orten Platz für Freude und Entfaltung.

Soziale Stadt

Eine Stadt darf nicht nur wirtschaftliche Aspekte berücksichtigen, sondern muss sich um die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung kümmern. Um dies sicherzustellen, ist es notwendig

das sich unsere Stadt sich verstärkt sozial verstärkt. Sozialpädagoge/-pädagogin nehmen dabei eine zentrale Rolle einer sozialen Stadt ein. Sie übernehmen zentrale Aufgaben in unterschiedliche Teilbereiche, um ein lebenswertes Leben in unserer Gesellschaft zu sichern. Vor allem die soziale Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe ist ein elementar wichtiges Feld in einer kinder- und familienfreundliche Stadt. In Stadtteilen, in denen kein Jugendzentrum besteht und sich gleichzeitig junge Menschen für eine Einrichtung einsetzen, fordern wir daher einen Ausbau von Jugendzentren.

Verbraucherberatungsstelle

Braunschweig braucht als Zentrum der Region wieder eine Verbraucherberatungsstelle. Der Zustand, dass Braunschweig als zweitgrößte Stadt Niedersachsens nicht über eine unabhängige Behörde verfügt, die vor allem jungen Menschen und Familien unter anderem in baurechtlichen, ökologischen und Ernährungsfragen zur Verfügung steht, ist untragbar. Wir wollen diesen Menschen ein attraktives Umfeld und damit eine langfristige Perspektive in unserer Stadt geben. Deshalb fordern wir eine Wiedereinrichtung einer unabhängigen Verbraucherberatungsstelle.

Kindertagesstätten

Ab 2013 hat jedes Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Einrichtung oder in der Tagespflege. Dieser Rechtsanspruch muss mit Nachdruck umgesetzt werden. Hinzu kommen die Umsetzung einer guten Erreichbarkeit der Kindertagesstätten sowie lange Öffnungszeiten. Weiterhin müssen die Wartezeiten auf einen Platz verkürzt werden, um für die Eltern eine bessere Planungssicherheit zu gewährleisten. Zudem ist es notwendig den Betreuungsschlüssel pro Gruppe zu verringern, um somit gleich gute frühkindliche Entwicklungen fördern zu können. Dies muss umgesetzt werden durch eine Aufstockung der Kitas sowie eine Erhöhung des Personals pro Einrichtung.

Spielplätze

Spielplätze sind zentrale Gemeinplätze einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft. Als Freizeitangebot ermöglichen sie Kindern eine spielerische Entfaltung, die zu einer positiven Entwicklung beiträgt. Es muss daher grundlegendes Anliegen unserer Gesellschaft und somit auch der Stadt Braunschweig sein, dies sicherzustellen. Sanierungen und Neubauten von Spielplätzen zur Steigerung einer familienfreundlichen Atmosphäre in unserer Stadt sind daher unbedingt erforderlich.

2. Freizeit in Braunschweig

Öffentliche Freiräume

Eine Stadt sollte den BürgerInnen, besonders den Jugendlichen, viele Möglichkeiten der Freizeitmöglichkeit zur Verfügung stellen. Nur so kann sich eine Person auch frei verwirklichen. Leider versteht die schwarz-gelbe Ratsmehrheit Freizeitmöglichkeit zu oft nur unter dem kommerziellen Aspekt. Eine Person hat demnach die Freiheit zu konsumieren, muss dafür aber auf immer mehr unkommerzielle Freizeitmöglichkeiten verzichten. Die Jusos fordern ein vielfältiges unkommerzielles Freizeitangebot zur Verfügung zu stellen. Freizeit besteht nicht nur aus Besuchen eines ECE-Centers oder eines Spaßbades, sondern besteht auch aus öffentlichen Freiflächen, in denen man sich unabhängig vom Geldbeutel seine Zeit vertreiben kann. Dazu gehört ein Stopp des Verkaufs öffentlicher Flächen wie Schlosspark oder Freizeit- und Bildungszentrum. Letzteres soll perspektivisch durch ein großflächiges Projekt zum Freizeit- und Erholungszentrum neu entstehen.

Freie Sportmöglichkeiten

Die Jusos wollen mehr frei zugängliche Sportflächen in Braunschweig haben. Jugendliche wollen in einen Sport reinschnuppern, bevor sie sich für eine Sportart entscheiden. Viele unkommerzielle Möglichkeiten der Sportausübung fördern auch die Gesundheit der BürgerInnen.

Kein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen

Wir sehen unsere BürgerInnen als mündige Menschen, die eigenverantwortlich und frei entscheiden können. Darum wird es mit uns kein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen geben. Ein Verbot wäre ein zu restriktiver Eingriff in die Freiheit der BürgerInnen und wir sehen darin keinen Nutzen.

Nachtexpress

Viele Bürgerinnen und Bürger, besonders in den äußeren Stadtteilen, haben aufgrund ihres Wohnsitzes beschränkte Möglichkeiten zur Freizeitausübung. Wir wollen keine Personen aufgrund ihres Wohnortes benachteiligen und wollen eine Wiedereinführung der Nachtlinien der Braunschweiger Verkehrs AG. Gerade ArbeitnehmerInnen, die nachts beispielsweise aus der Schichtarbeit oder aus der Gastronomie kommen, muss ein öffentliches Nahverkehrsangebot für die Fahrt nach Hause unterbreitet werden. Nicht zuletzt steigert die Wiedereinführung der Nachtlinien die Attraktivität des Standortes Braunschweig. Damit wird ebenfalls eine höhere Identifikation von jungen Leuten mit der Stadt realisiert.

3. Lernen in Braunschweig

Eine Umfrage der Juso-SchülerInnen hat uns gute Informationen darüber geben können, wie Schülerinnen und Schüler in Braunschweig ihr eigenes Lernumfeld wahrnehmen und was sie daran ändern würden. Viele waren durchaus zufrieden mit ihren Lernbedingungen, doch haben auch knapp die Hälfte aller Befragten deutliche Mängel an Braunschweigs Schulen geäußert.

Was können wir tun?

Vor allem die Schülerinnen und Schüler des Lessinggymnasiums hatten viele Kritikpunkte. Jedoch gab es in einigen Bereichen ein deutliches Übereinstimmen aller Befragten. Somit gibt es zu wenig Rückzugsmöglichkeiten, wie zum Beispiel Aufenthaltsräume, Arbeitsräume etc. Ebenfalls wollen Braunschweigs Schülerinnen und Schüler bessere Pausenhöfe, mit mehr Grünflächen und Sitzgelegenheiten, bzw. Sportmöglichkeiten. Ein Punkt, der auch immer wieder bemängelt wurde, war die sanitäre Ausstattung der Schulen, häufig sind Toiletten o.Ä. sehr verschmutzt und veraltet. Das Mobiliar der SchülerInnen ist in vielen Schulen nicht der Körpergröße angemessen, so dass nicht nur die Konzentration sinkt, sondern auch bleibende Haltungsschäden entstehen können, hier fordern wir klar eine bessere Ausstattung der Lehrräume. Eine der wichtigsten Erkenntnisse der Umfrage war auch, dass die Verkehrsanbindung die für viele Schülerinnen und Schüler eine Zumutung ist, viele müssen nicht nur schon um acht Uhr im Unterricht sitzen, sondern auch sehr früh aufstehen, aufgrund der schlechten Verkehrsanbindung ihrer Schule. Diese Probleme sind jetzt aufgedeckt und müssen durch eine neue Ratsmehrheit beseitigt werden, damit auch für Schülerinnen und Schüler das Leben in Braunschweig leichter und besser wird!

4. Jugend AKTIV in Braunschweig

Schritte zur partizipatorischen Demokratie

Die Jusos stehen für größere partizipatorische Elemente in der Kommunalpolitik ein. Die repräsentative Demokratie steht in Deutschland in ihrer tiefsten Krise. Das zeigen neben den Entwicklungen in der Wahlbeteiligung vor allem der Drang vieler Menschen direkt an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Gerade vor diesem Hintergrund muss es der Sozialdemokratie gelingen, neue Antworten auf das Bedürfnis dieser Menschen zu finden. Ein einseitiger Ruf nach mehr plebiszitären Elementen ist jedoch kurzsichtig und löst diese Probleme nicht nachhaltig. Wir müssen vielmehr von einer Entscheidungsdemokratie zu einer Mitmachdemokratie gelangen, in der die Menschen an der Gestaltung von Projekten stärker beteiligt werden.

Als ersten Schritt dorthin stehen wir Jusos für die Einrichtung eines kommunalen Jugendparlaments ein, welches unabhängig Entscheidungen treffen darf. Dieses Parlament soll dazu ein festes Budget für projektbezogene Jugendarbeit zur Verfügung gestellt bekommen, mit dem es lernt zu haushalten. Um eine gute Kommunikation zwischen Stadtrat und Jugendparlament zu gewährleisten, soll ein Mitglied des Jugendparlaments einen ständigen Sitz im Jugend- und Hilfeausschusses bekommen.

Kampf gegen rechtes Gedankengut

Gerade von einer Stadtverwaltung, deren Chef ein ehemaliges Mitglied der NPD bzw. einst stellvertretender Vorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes war, erwarten wir Jusos zukünftig mehr Unterstützung im Kampf gegen faschistische Ideologien. Deshalb fordern wir die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) in Braunschweig zu fördern. Aufklärung ist die stärkste Waffe gegen den Rechtsradikalismus. Viele BraunschweigerInnen wissen jedoch wenig über die örtlichen Strukturen der rechtsradikale Kräfte. Gerade bei Jugendlichen gibt es ein hohes Bedürfnis nach diesen Informationen.

Deshalb fordern wir die ARUG finanziell stärker zu unterstützen und gerade die Aufklärung bei Jugendlichen zu verstärken wie zum Beispiel durch Seminare für einzelne Schulklassen.

Wir fordern, dass die Stadt Braunschweig alle Projekte gegen Rechts unterstützt. Der Kampf gegen Rechts ist viel zu wichtig um aufgrund unterschiedlicher Meinungen eine breite Front zu verhindern. Wir fordern, dass die Stadt Braunschweig, das Bündnis gegen Rechts unterstützt. Das Bündnis ist ein offenes Forum für alle Personen und Organisationen, die sich in der politischen Aufklärungsarbeit insbesondere gegen rechtes Gedankengut wie Faschismus, Rassismus und Antisemitismus einsetzt. Allerdings leidet das Bündnis häufig unter Finanzierungsschwierigkeiten, wenn es um die Umsetzung von Projekten gegen rechts geht wie beispielsweise Raummieten für Diskussionsveranstaltungen, Kosten für Druckerzeugnisse oder für die Organisation von Konzerten gegen rechts. Aus diesem Grund fordern wir eine finanzielle Unterstützung von Veranstaltungen des Bündnis gegen Rechts. Diese Mittel dürfen ausschließlich für Projekte gegen rechts verwendet werden, wobei die Stadt selbstverständlich die Ausgaben durch entsprechende Durchsicht von Belegen prüfen darf.

Stärkere Förderung der School's-out-Party

Wir fordern eine stärkere finanzielle Förderung der Stadt für das jährliche School's-out-Festival. In den letzten Jahren wurde deutlich, dass durch eine große zentrale Feier für alle SchülerInnen zum Start in die Sommerferien, die Zahl von Verletzungen und

Alkoholvergiftungen stark zurückging und schneller sowie besser versorgt werden können. Dies hängt auch damit zusammen, dass dieses Fest auch ein großes Rahmenprogramm, in dem unter anderem Musikbands unterschiedlichster Musikrichtungen live auf der Bühne spielen und andere Aktionen stattfinden. Dadurch ist gewährleistet, dass es kein „Sauf-Fest“ wie in der länger zurückliegenden Vergangenheit von früher mehr ist. Allerdings wird es für den Arbeitskreis politischer Jugend, dem Jugendring, StadtschülerInnenrat und dem Jugendamt von Jahr zu Jahr schwieriger SponsorInnen zu finden, um ein solches Fest überhaupt organisieren zu können.

Damit wir eine Erhaltung des Festes langfristig realisieren können, benötigen wir eine bindende Zusicherung von kommunalen Mitteln.

5. Mobilität in Braunschweig

Mobilität muss allen Menschen ermöglichen, zu jeder Zeit die anfallenden Vorhaben und Anforderungen wahrnehmen zu können. Mobilität ist deshalb nicht die reine Überwindung von Entfernungen, sondern die Möglichkeit jedes Menschen und der Gesellschaft, den eigenen Lebensraum zu nutzen, zu erleben und an ihm Teil zu haben.

Die Sicherung des Zuganges zu Mobilität ist eine soziale Frage und damit auch ein Kernpunkt jungsozialistischer Politik in Braunschweig. Für uns ist der ÖPNV..... ist fester Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der ÖPNV ist ein Aushängeschild unserer Stadt. Für viele Bahnreisende oder Besucherinnen und Besucher aus dem Umland ist der ÖPNV der erste Kontakt mit unserer Stadt. Hier hat die Kommune eine Vorbildfunktion, indem sie einen Förderungsschwerpunkt in einen attraktiven öffentlichen Personennah- und Fernverkehr setzt. Dieser Verantwortung wird...soll... die SPD Braunschweig gerecht werden.

Attraktivität des ÖPNV fördern

Für uns ist die Attraktivität des ÖPNV in Sachen Angebot, Service und Infrastruktur entscheidend für dessen Erfolg: Der ÖPNV muss ein verlässlicher Partner für die Mobilität sein. Es ist wichtig, dass der Fahrbetrieb der Braunschweiger Verkehrs-AG (BSVAG) so strukturiert ist, dass die Fahrzeit eingehalten und somit ein Höchstmaß an Pünktlichkeit gewährleistet wird. Des Weiteren muss ein klares und transparentes Liniennetz sowie eine klare Taktung des Fahrbetriebes jedem Fahrgastkunden leicht nachvollziehbar sein. Dazu gehören – so weit wie möglich – Direktverbindungen zum Zielort oder einfache und von der Taktung her gut abgestimmte Umsteigemöglichkeiten. Ein moderner bzw. modernisierter Fuhrpark sorgt beim Fahrgast für einen komfortablen und fortschrittlichen Eindruck des Verkehrsbetriebes. Dazu gehört es auch, dass die Fahrzeuge seitens der BSVAG stets sauber gehalten und (Sach-)Schäden stets umgehend beseitigt werden.

Intermodalität fördern

Wir benötigen zukünftig eine gleichberechtigte Verteilung aller Verkehrsträger, um jedem Menschen in Braunschweig – unabhängig von der sozialen Herkunft – den Zugang und die Teilhabe an der Mobilität zu ermöglichen. Jeder Mensch soll sich in Braunschweig und in unserer Region in Zukunft zu jeder Zeit uneingeschränkt fortbewegen können, damit die persönliche erzwungene Mobilität (z.B. zur Ausübung von Arbeit, Ausbildung, Schule und Einkauf) sowie die persönliche freie Mobilität (z.B. zur Ausübung des Ehrenamtes sowie der Freizeitaktivitäten) gewährleistet wird. Ein intelligenter Verkehrsmix kann eine ressourcenschonende Mobilität vom Start- zum Zielort garantieren. Um dieses Ziel zu

erreichen müssen wir auch zukünftig auf eine intelligente Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger setzen, um eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV zu erzielen.

Von Braunschweig in die Region – von der Region nach Braunschweig

Die Braunschweiger Verkehrspolitik kann und darf nicht an den Grenzen unserer Stadt enden. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten streben an, einen Braunschweiger Verkehrsverbund zu verwirklichen, der über der Summe aller Anbieter im ÖPNV in der Region organisiert ist und die Arbeit der einzelnen Anbieter koordiniert. So sind Verkehrskonzepte im Zweckverband Großraum-Braunschweig zu entwickeln, die Braunschweigs Rolle als Oberzentrum der Region stärken, ohne die Rolle der anderen Zentren in unserer Region zu schwächen.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten werden weiterhin an der Verwirklichung der RegioStadtBahn festhalten und somit eine umsteigefreie Verbindung von der Region in die jeweiligen Stadtzentren verwirklichen. Denn die RegioStadtBahn bietet einerseits für alle Altersgruppen ein zukunftsweisendes, attraktives Regionalverkehrs-Angebot, um direkt den Arbeits- oder Ausbildungsplatz sowie die Schule oder die Hochschule zu erreichen. Andererseits erhält Jede und Jeder ein attraktives Verkehrsangebot für Freizeitaktivitäten in der Region. Auch den Volkswirtschaftlichen Nutzen des Projektes darf man nicht außer Acht lassen, denn es ist das größte regionale Investitionsprogramm unserer Zeit. Durch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, sei es ins Schienennetz oder in die Haltepunkte, durch Investitionen ins Verkehrsmanagement, sei es in die Planung, Steuerung und Umsetzung des Projekts als auch in der Beschaffung geeigneter Züge können unzählige Arbeitsplätze in der Region gehalten sowie neu geschaffen werden. Somit ist die RegioStadtBahn ein Gewinn für die ganze Region!